

Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Konstitutionalisierung eines sozialen Europas – Anmerkungen zu einer historischen Debatte*

DR. SIGFRIDO RAMÍREZ PÉREZ, FRANKFURT/M.¹

I. Einleitung: Der europäische Gewerkschaftsbund und der Vertrag von Maastricht

Die Jahre zwischen der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Vertrag von Maastricht sind den europäischen Gewerkschaften als das goldene Zeitalter des sozialen Europas in Erinnerung geblieben. Mit dem Amtsantritt von *Jacques Delors* an der Spitze der Kommission der EWG wurden die politischen Voraussetzungen für die Wiederbelebung des europäischen sozialen Dialogs geschaffen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) beschloss, die Einheitliche Europäische Akte trotz des Ungleichgewichts zwischen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Dimension zu unterstützen. Die Beschleunigung dieses Prozesses begann 1987 mit der Einleitung des Verfahrens zur Annahme einer Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer, die Ende 1989 verabschiedet wurde. Mit der Charta wurde die soziale Dimension des Binnenmarktes eingeführt, wie es der Kommissionspräsident auf dem EGB-Kongress 1988 in Stockholm versprochen hatte. Von diesem Zeitpunkt an stellte sich der gesamte EGB, einschließlich der traditionell zurückhaltenden britischen Gewerkschaften, hinter die politischen Initiativen der Europäischen Kommission zur Gestaltung der Europäischen Union. Die europäischen Gewerkschaften bemühten sich, ihre nationalen Regierungen während der Verhandlungen in den Regierungskonferenzen mit ihrer eigenen Agenda zu beeinflussen, die eine Ausweitung der Zuständigkeit der EWG für die Arbeitsgesetzgebung und die Anwendung der qualifizierten Mehrheit im Bereich der Sozialpolitik vorsah. Bekanntlich wurden einige dieser Forderungen im Vertrag von Maastricht in einem Sozialprotokoll aufgegriffen, das von elf Mitgliedern mit Ausnahme Großbritanniens gebilligt wurde, wobei die Forderungen nach einer Wirtschafts- und Währungsunion jedoch nur in begrenztem Umfang durchgesetzt werden konnten. Der EGB und seine Mitglieder unterstützten schließlich die Ratifizierung des Vertrags, weil sie hofften, dass dies der erste Schritt zu weiteren Veränderungen sein würde, die bereits im Vertrag von Maastricht vorgeschlagen und im Vertrag von Amsterdam von 1997 tatsächlich umgesetzt wurden.

Diese Vorgänge werden inzwischen als Teile der Zeitgeschichte historisiert. Der Artikel untersucht die historiographische Debatte über die Art und Weise, wie sich die

Gewerkschaften in Europa, insbesondere der EGB, in der Zeit zwischen 1982 und 1992 in Bezug auf die europäische Integration entwickelt haben.

Kontroverse Geschichtsschreibung

Die Debatte über die Geschichte des EGB in den 1980er Jahren ist geprägt von gegensätzlichen Auffassungen über die Fähigkeit der europäischen Gewerkschaftsbewegung, eine soziale Dimension in den Prozess der europäischen Integration einzubringen. Seit seiner Gründung im Jahr 1973 bestand das Hauptziel des EGB darin, eine konzertierte Aktion in einer zersplitterten europäischen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, die nicht nur durch unterschiedliche nationale Traditionen, sondern auch durch ideologische Spaltungen gekennzeichnet war, auch unter dem Einfluss des Kalten Krieges. Die Daseinsberechtigung des EGB lag in seiner Fähigkeit, sein eigenes Projekt für ein soziales Europa, wie es von seinen Mitgliedern definiert wurde, zu artikulieren und es in den europäischen Institutionen zu vertreten. Es ist kein Zufall, dass die Frage nach dem Erfolg oder Misserfolg des EGB bei der Erfüllung seiner ursprünglichen Funktion eine offene und hitzige Debatte auch in Bezug auf die Selbstreflexion der Geschichte des EGB ausgelöst hat. Diese spiegelt sich in der Geschichtsschreibung wider, welche von einigen Protagonisten des EGB in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern selbst geprägt wurde.

II. Kapitulation vor dem Neoliberalismus oder Schritte zum »supranationalen Sozialstaat«?

1. Skepsis gegenüber der Rolle des EGB

Frühe Forschungen stammen von der belgischen Politikwissenschaftlerin *Corinne Gobin*, die von einem der Gründungsväter des EGB und seinem Präsidenten zwischen 1982 und 1985, *Georges Debunne*, einem langjährigen Generalsekretär der *Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB)*, unterstützt wurde. In seinen Schriften kam er zu dem Schluss, dass das Projekt eines sozialen Europas, das er als EGB-Gründer und -Präsident unterstützte, gescheitert sei. Dem EGB sei es nie gelungen, auf der Grundlage keynesianischer Ideen und föderaler Integration² europäische industrielle Beziehungen und einen Sozialstaat auf supranationaler Ebene zu entwickeln. Ausgehend von dieser Position legte *Gobin* eine erste Interpre-

* Bei dem Beitrag handelt es sich um eine angepasste und ins Deutsche übersetzte Version eines Artikels, der in englischer Sprache erschienen ist in der Zeitschrift *Studi Storici* 1 (2021), S. 211–245.

¹ Der Autor ist assoziierter Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie in Frankfurt/M. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Sozialpolitik der EU und die Geschichte der Europäischen Gewerkschaftsbewegung.

² *Debunne*, A quand l'Europe sociale?, Paris 2003; *Debunne*, Les syndicats et l'Europe, Bruxelles 1988.

tation der Rolle des EGB während der Wiederbelebung der europäischen Integration unter der Führung von *Jacques Delors* vor. Sie kam zu dem Schluss, dass die *Delors*-Zeit eine neoliberale Wende darstellte, die das ursprüngliche Projekt des EGB für ein soziales Europa zunichte gemacht habe. Der EGB habe eine Rolle zur symbolischen Rechtfertigung der Einheitlichen Europäischen Akte und des Maastrichter Vertrags gespielt, die in Wahrheit die Verwirklichung seines eigenen Projekts für ein soziales und demokratisches Europa blockiert hätten. Dem EGB sei es tatsächlich gelungen, als privilegierter Gesprächspartner der europäischen Institutionen und institutionalisierter Sozialpartner im Prozess des Sozialen Dialogs anerkannt zu werden. Aber dieser symbolische Sieg könne nicht über seine Niederlage in seinem Kampf um die Schaffung verbindlicher sozialer Normen und eines Minimums an europäischen sozialen Rechten hinwegtäuschen, die in allen Mitgliedstaaten durchsetzbar sind. Schlimmer noch, diese Bekehrung der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu Europa markiere den Sieg einer politischen Kultur, die auf Konsens und der Hegemonie des Neoliberalismus auf europäischer Ebene beruhe. Kurz gesagt, der EGB verliere in dieser Sichtweise einer technokratischen und konservativen Wende gegen die Interessen der Arbeitnehmer soziale und demokratische Legitimität und habe so die Entwicklung wahrhaft europäischer Arbeitsbeziehungen blockiert.³

2. Differenzierte Betrachtung

Jon Erik Dølvik, ein Forscher des norwegischen Gewerkschaftsinstituts, kommt zu einer differenzierteren Schlussfolgerung als *Gobin*. Er stellt sowohl die wissenschaftlichen als auch die internen Debatten über den EGB und Maastricht in zwei Gruppen dar: die »Euro-Optimisten« und die »Euro-Pessimisten«. Er stimmt mit den Euro-Pessimisten darin überein, dass die neuen Verträge eine gewisse Intensivierung der supranationalen Regulierung der Arbeitsmärkte und der Arbeitsbeziehungen bedeuteten, angesichts des anhaltenden Gewichts des Intergouvernementalismus in diesem Bereich, der die Sozialpolitik durch das Vetorecht derjenigen Mitgliedstaaten einschränkte, die die Arbeitnehmerrechte nicht stärken wollten. Der Vertrag von Maastricht war für die Erwartungen des EGB an die europäische Integration unbefriedigend und hat es nicht geschafft, die vorherrschende Dynamik der wirtschaftlichen Liberalisierung und der monetaristischen Konzepte mit wirtschaftlicher Governance und Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Einklang zu bringen. Was die soziale Dimension anbelangt, so war die Zufriedenheit nicht sehr groß: Tarifverhandlungen über Löhne und Gehälter oder kollektive Konfliktregelungen wie das Streikrecht wurden ausgeschlossen, während für die Schaffung von sozialer Sicherheit und anderer Schlüsselemente weiterhin Einstimmigkeit erforderlich war. Die Euro-Optimisten vertraten jedoch die Ansicht, dass damit eine Insel des Euro-Korporatismus geschaffen wurde, die letztlich in den Verträgen nicht nur eine beratende Rolle für die Sozialpartner, sondern auch eine mitregulierende Funktion

mit dem Potenzial für eine dynamische Fortentwicklung und Ausweitung einführte, wie die Entwicklungen in den 1990er Jahren bewiesen. Sie wich einem minimalistischen Regime der europäischen Sozialpolitik, das ohne einen starken klassischen Weg der Arbeitskonflikte aufgebaut wurde und ein mehrstufiges europäisches Regime geteilter Zuständigkeiten schuf. Dies sei nicht das ideale europäische Modell der Arbeitsbeziehungen, aber es sei unvernünftig zu erwarten, dass dieser supranationale Prozess einem bestimmten nationalen Muster der Arbeitsbeziehungen und des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates folgen würde. Die Rolle des EGB wurde in der Tat gestärkt, da er den Weg zu einem echten Engagement der nationalen Gewerkschaften für den Integrationsprozess ebnete, der nun die Möglichkeit bot, die Grenzen der Solidarität neu zu definieren⁴.

3. Positive Sichtweisen des »Delors Moments«

Weitaus europafreundlicher waren die Forschungen der französischen historischen Soziologen *Claude Didry* und *Arnaud Mias*, die in ihrer Monographie von der ehemaligen Nummer zwei des EGB, dem seit 1986 für den sozialen Dialog zuständigen Vizegeneralsekretär *Jean Lapeyre* von der französischen CFDT, unterstützt wurden.⁵ *Lapeyre* ist auch der Autor einer kürzlich erschienenen Monographie über die Geschichte des europäischen sozialen Dialogs, die die Untersuchung erweitert. Beide stimmen darin überein, dass die Ära *Delors* in Bezug auf ihre Ziele, nämlich den Übergang von einer begrenzten Sozialpolitik zu einer Konstitutionalisierung des sozialen Europas, äußerst erfolgreich gewesen sei. Diese bestand in der Gestaltung des europäischen sozialen Dialogs als institutionalisiertes System der Mitgesetzgebung, das durch das Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrags eingeführt wurde. Die Sozialpartner (der EGB, der private Arbeitgeberverband UNICE und der öffentliche Arbeitgeberverband CEEP) seien dadurch gestärkt worden, dass sie sich von einfachen Lobbyverbänden zu voll repräsentativen sozialen Akteuren im Prozess der europäischen Integration entwickelten. Der EGB habe in vollem Umfang mit *Delors* zusammengearbeitet, um eine positive Antwort auf den Neoliberalismus zu finden, indem er mit der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte von 1989 die Grundlage für eine europäische Sozialverfassung schuf und damit die dynamischste Periode des sozialen Europas einleitete, die ein bleibendes Vermächtnis hinterlassen habe. Dieser »*Delors*-Moment« habe nicht den Übergang zu einer technokratischen, neoliberalen Wende bedeutet, sondern eher das Gegenteil, den Übergang von einer technokratischen, von den Mitgliedstaaten kontrollierten Integration zum ersten ernsthaften Versuch, die Europäische Union vollständig zu demokratisieren, indem den sozialen Akteuren auf supranationaler Ebene Gesetzgebungsbefugnisse eingeräumt wurden. Das endgültige Ziel war die Schaffung eines sozialen Gefüges für die europäische Integration, in dem die sozialen Akteure eine autonome Rolle spielen konnten. Der EGB sei in diesem Prozess stark verändert worden, da er gezwungen gewesen sei, eine transnationale Gewerkschaft zu werden, die in der Lage war, Arbeitsbezie-

3 *Gobin*, *L'Europe syndicale, entre désir et réalité. Essai sur le syndicalisme et la construction européenne à l'aube du 21^e siècle*, Bruxelles 1997; *Gobin*, in: *Bussière/M. Dumoulin/S. Schirmann* (Hrsg.), *Milieus économiques et intégration européenne au XX^e siècle. La relance des années quatre-vingt*, Paris 2007, S. 257-276A; *Dufrenne/Gobin*, in: *P.A. Lapointe* (Hrsg.), *L'avantage du dialogue social?*, Québec 2016, S. 23-63.

4 *Dølvik* ARENA-Bericht 5/97- FAFO REPORT 238 (1997).

5 *Didry/A. Mias*, *Le moment Delors: Les syndicats au cœur de l'Europe sociale*, Bruxelles 2005.

hungen auf supranationaler Ebene zu verhandeln, und die das Potenzial hatte, die europäische Zivilgesellschaft zu vertreten. Auf diese Weise war der EGB nicht mehr nur eine Lobby für Gewerkschaften aus verschiedenen nationalen Traditionen, die durch interne Konflikte blockiert waren. Darüber hinaus sei der EGB zu einem legitimen institutionellen Akteur geworden, der in der Lage ist, den Prozess der europäischen Integration zu definieren und zu beeinflussen. Das sozialpolitische Kapitel des Vertrags von Maastricht habe den Weg nicht nur für einige sektorübergreifende Vereinbarungen, sondern mit der Richtlinie über Europäische Betriebsräte von 1994 auch für sektorale Vereinbarungen und sogar für multinationale Kooperationen eröffnet. Das soziale Europa bleibe als dauerhaftes Vermächtnis dieser Wiederbelebung der europäischen Integration bestehen, auch wenn das Ziel, eine supranationale Sozialdemokratie zu schaffen, nicht verwirklicht wurde. Das Potenzial von Maastricht sei noch nicht verpufft, aber bedürfe eines günstigen sozialen und institutionellen Umfelds, damit es seinen vollen Erfolg entfalten könne.⁶

III. Die offizielle Sichtweise des EGB

Diese euro-optimistische Version ist diejenige, die in den vom EGB veröffentlichten Memoiren und offiziellen Geschichtsbüchern vertreten wird. *Juan Moreno Preciados*, ehemaliger Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten der Comisiones Obreras und späterer EGB-Funktionär, war einer der ersten innerhalb des EGB, der auf Kritik antwortete. Der EGB hatte in der Tat historische Grenzen für sein Handeln, diese seien aber nicht das Ergebnis des EGB-Sekretariats in Brüssel gewesen, sondern resultierten aus dem anfänglichen Widerwillen einiger der größten und mächtigsten nationalen Gewerkschaften, den EGB zu einer supranationalen Gewerkschaft zu machen. Darüber hinaus wurden durch die Gründung des EGB die ideologischen Unterschiede und Hintergründe der Gewerkschaften, selbst innerhalb eines Landes, nicht beseitigt, so dass es schwierig gewesen sei, eine gemeinsame Position zur europäischen Integration festzulegen. Die Reform des EGB im Jahr 1991 führte eine Satzungsänderung ein, die einen gemeinsamen Standpunkt ermöglicht habe, bei dem Beschlüsse ohne Vetorecht umgesetzt werden konnten. Die 2/3-Mehrheitsregel für Beschlüsse förderte jedoch Vereinbarungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, was eine Quelle der Frustration und Lähmung sein konnte. In Anbetracht dessen sei die Bilanz der Arbeit des EGB in diesem Zeitraum insgesamt positiv, da er die Grundlage für echte Arbeitsbeziehungen geschaffen habe. Daher solle die Bewertung dessen, was der EGB erreicht hat, fairer sein und man ihn nicht mit einem nie verwirklichten Ideal oder mit einem der vielen nationalen Modelle vergleichen, sondern vielmehr mit dem ursprünglichen Ausgangspunkt und im historischen Kontext.⁷ *Morenos* Position wird weitgehend geteilt von dem ehemaligen Generalsekretär des EGB von 1991, *Emilio Gabaglio*,⁸ in ihrem gemeinsamen Buch

zum 30-jährigen Bestehen des EGB im Jahr 2004⁹ und später von *Gabaglio* in seinen eigenen Schriften¹⁰ erweitert.

IV. Die heutige Sichtweise

Die Kontroverse über diese Zeit als goldenes Zeitalter des sozialen Europas oder als endgültige Kapitulation vor dem Neoliberalismus hält bis heute an. In der Gruppe der Europessimisten finden sich wesentliche Beiträge des französischen Ökonomen *Robert Salais* und des deutschen Soziologen *Wolfgang Streeck*, für die die Geschichte des sozialen Europas ein kontinuierlicher Rückschritt von seinen Anfängen bis heute ist. Nach *Salais'* Darstellung gab es verschiedene historische Projekte für das soziale Europa: ein ursprüngliches Projekt, das auf der Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Rechte beruhte, gefolgt von einem anderen, bei dem die Marktkräfte der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität untergeordnet wurden, bis hin zu einem weiteren Projekt, dem sozialen Europa von *Delors*, das das Gleichgewicht zwischen dem Markt und dem Sozialen grundsätzlich veränderte. Dieses soziale Europa sei das vordergründig menschlich wirkende Gesicht der Marktbeherrschung, die für die fortschreitende Aushöhlung der nationalen Wohlfahrtsstaaten sorgte und durch den europäischen Binnenmarkt und die Währungsunion grundlegend untergraben wurde.

In ähnlicher Weise argumentierte der früheste Euro-Pessimist *Wolfgang Streeck*, dass die EWG in den 1970er Jahren eine echte Sozialpolitik in Verbindung mit der föderalen Einheit anstrebte, dass der EGB dieses Projekt jedoch Mitte der 1980er Jahre zugunsten des Binnenmarktpjekts aufgab, wobei Maastricht ein gescheiterter Versuch von *Delors* war, eine proto-korporatistische Sozialpolitik aufzubauen. Dieses Projekt habe nicht nur seine Versprechen nicht erfüllt, sondern auch den Weg für einen allgemeinen Angriff auf die fortschrittlichsten Sozialstaatssysteme geebnet und einen Wettlauf nach unten eingeleitet. Dieses Scheitern sei bis zu einem gewissen Grad auch auf die Schwäche und Heterogenität der europäischen Gewerkschaften zurückzuführen, die im Vergleich zu Vertretern multinationaler Unternehmen wie dem European Round Table of Industrialists keinen ausreichenden politischen Einfluss entwickeln konnten.

Diese Darstellung wird von den Politikwissenschaftlern des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI), *Philippe Pochet* und *Christophe Degryse*, heftig angefochten. *Pochet* ist der Ansicht, dass es sich bei der Entwicklung der Sozialpolitik nicht um einen »progressiven Rückschritt«, sondern um einen zyklischen Anstieg der Sozialpolitik handelt, der jedoch auch Momente des Rückzugs beinhaltet. Nach einer anfänglichen Phase, in der die Mitgliedstaaten zögerten, eine europäische Sozialpolitik einzuführen, organisierten die europäischen Institutionen und die Gewerkschaften verschiedene transnationale Netzwerke von Verwaltungen, Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaftern zugunsten eines sozialen Europas. Ab den 1970er Jahren wurden sie zunehmend institutionalisiert und erreichten ihren Höhepunkt mit *Jacques*

6 Lapeyre, Le dialogue social européen. Histoire d'une innovation sociale (1985-2003), Brüssel 2017.

7 Moreno, Gewerkschaften ohne Grenzen: Die kommunistisch orientierten Gewerkschaften und der EGB (1973-1999), Brüssel 2001.

8 Dazu aktuell: https://www.etui.org/sites/default/files/2024-11/Tribute%20to%20Emilio%20Gabaglio_2024.pdf

9 Moreno/Gabaglio, El reto de la Europa social: 30 años de la Confederación Europea de Sindicatos, Alzira 2006.

10 Ciampini/Gabaglio, L'Europa sociale e la confederazione europea dei sindacati, Bologna 2010.

Delors, der eine transnationale Koalition schuf, die die europäischen sozialen Rechte im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion konstitutionalisierte.¹¹ Für *Christophe Degryse*, der beim EGI die Monographie zum 40. Jahrestag des EGB erarbeitet hatte, hat der EGB seine wirtschaftlichen und sozialen Alternativen für die wirtschaftliche Integration (soziale Grundrechte, Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung und produktive Investitionen) auch in der Zeit von *Delors* nie aufgegeben, um sich den Ideen der Unternehmensverbände anzuschließen, die auf Wettbewerbsfähigkeit basieren. Er stimmte mit *Dølvik* darin überein, dass die Einheitliche Europäische Akte und der Vertrag von Maastricht kurzfristig eine Bedrohung für den EGB darstellten, langfristig jedoch eine historische Chance. Der EGB habe die Verträge entscheidend unterstützt, weil sie die Grundlage für ein soziales Europa bildeten. Dies sei der Ausgangspunkt für ein wirksames Gleichgewicht zwischen der Währungsunion und der wirtschaftlichen und politischen Union gewesen, um die zunehmende Macht der Finanzspekulation und der transnationalen Unternehmen zu bekämpfen. *Delors* habe den EGB aus seiner Isolation herausgeholt, indem er einigen seiner Hauptforderungen zustimmte, auch wenn das Gleichgewicht zwischen dem Sozialen und dem Wirtschaftlichen noch nicht vollständig geklärt war.¹²

Historiker, die in letzter Zeit über diesen Zeitraum geschrieben haben, haben diese Darstellung des »Goldenen Zeitalters« weitgehend unterstützt. *Antonio Varsori* und *Lorenzo Mechi* zufolge eröffnete die *Delors*-Periode beispielsweise Hoffnung im Kontext schwerer Niederlagen der nationalen Gewerkschaften. Daher sah der EGB in *Delors* den einzigen Ausweg aus der defensiven Situation mit dem neuen Vorstoß der Europäischen Kommission, die Sozialcharta von 1989 mit konkreten Richtlinien in sozialen Fragen weiterzuentwickeln. Das Erbe von *Delors* wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit der vollständigen Institutionalisierung des sozialen Dialogs im Vertrag von Amsterdam 1997¹³ fortgesetzt. Ein kürzlich erschienener Artikel von *Pierre Tilly* stimmt dem zu, weist aber auf die entscheidende Rolle hin, die die Konversion einiger wichtiger nationaler Gewerkschaften zum europäischen Projekt in dieser Zeit gespielt hat. Ebenso wie der britische TUC waren auch die nordischen Gewerkschaften gegen die Übertragung von Zuständigkeiten in sozialen Angelegenheiten auf die europäische Ebene, da sie noch nicht Mitglied der EWG, sondern der EFTA waren. Das zweite Schlüsselement war der starke Vorstoß des neuen EGB-Präsidenten, der *Georges Debunne* 1985 ablöste, des DGB-Vorsitzenden *Ernst Breit*, trotz des Widerstands der wichtigsten deutschen Gewerkschaft, der IG Metall. Nicht zuletzt spielten die italienischen Gewerkschaften eine Schlüsselrolle, die mit ihrem Vorschlag, den EGB in eine funktionierende Gewerkschaftsorganisation und nicht nur in ein Verbindungsbüro der nationalen Gewerkschaften umzuwandeln, in europäischen Angelegenheiten geschlossen auftraten. Eine Schlüsselrolle spielte dabei nicht nur *Emilio Gabaglio* von der CISL, sondern vor allem auch der neue Generalsekretär der CGIL, *Bruno Trentin*.¹⁴ Die europäi-

sche Strategie der drittgrößten Gewerkschaft Europas wurde in einer defensiven Phase entwickelt, die durch den Fall der Mauer im Jahr 1989 akzentuiert wurde. Nach Ansicht von *Fabrizio Loreto* strebte *Trentin* ein föderales Europa an, um allgemeine Bürgerrechte und eine politische Kontrolle der Wirtschaft auf supranationaler Ebene zu entwickeln. Das gemeinsame Ziel legte die Grundlage für soziale Rechte auf europäischer Ebene in einem historischen Moment einer sich abzeichnenden neuen Weltordnung. Die zentrale Bedeutung des sozialen Dialogs bei der Schaffung der Grundlage für den europäischen Neokorporatismus war ein weiterer wichtiger Schritt für diesen historischen Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftstradition.¹⁵ Diese historiografische Interpretation des strukturellen Wandels des EGB als Ergebnis der Europäisierung seiner wichtigsten Mitglieder auf dem Weg nach Maastricht steht auch im Einklang mit anderen neueren Untersuchungen zum Beispiel Spanien. Hier nutzten die sozialistische UGT und die kommunistisch geführten Comisiones Obreras ihre Aufnahme in den EGB und die europäische Integration als Ressource für ein einheitliches Vorgehen in einer Zeit des Bruchs mit den anderen politischen Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums und waren daher daran interessiert, den EGB in eine echte Gewerkschaftsorganisation zu verwandeln.¹⁶

V. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es nicht möglich ist, den entscheidenden Wandel des EGB in diesen Jahren und seinen Beitrag zum Prozess der europäischen Integration zu betrachten, ohne den nationalen und globalen Kontext zu berücksichtigen, in dem sie sich entwickelt haben. Dies machte den *Delors*-Moment zu einer Gelegenheit, einem sich verschlechternden Status quo entgegenzutreten, bei dem die europäischen Gewerkschaften in der Defensive waren. Mit anderen Worten, die wichtigste Schlussfolgerung aus der jüngsten Geschichtsschreibung ist, dass der EGB und seine Mitglieder keine andere Wahl hatten, als die Gelegenheit zu ergreifen, die *Delors* bot, ein »europäisches Sozialmodell« zu definieren. Dies darf nicht mit einer Kapitulation vor neoliberalen Vorstellungen von Wirtschaft und Sozialem verwechselt werden.

¹¹ Pochet, À la recherche de l'Europe sociale, Paris 2019.

¹² Degryse (mit Tilly), 1973-2013: 40 ans de la Confédération européenne des syndicats, Bruxelles 2013.

¹³ Mechi/Varsori, in: Bussière et al., The European Commission 1986-2000: History and memory of an institution, , Luxemburg 2019, S. 403-420.

¹⁴ Tilly Journal of European Integration History 2020, 81-95.

¹⁵ Loreto, in: L.Mechi, D.Pasquinucci (Hrsg.), Integrazione europea e trasformazioni socio-economiche. Dagli anni Settanta a oggi, , Milano 2017, S. 135-147.

¹⁶ Ramírez Pérez Journal of European Integration History 2020, 61-80.